

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	47
		<b>TOP:</b>	3
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	472/2021
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	28.10.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Görres (AfU)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / fr		
<b>Betreff:</b>	<b>Prüfung der Klimarelevanz von Beschlussvorlagen</b>		

Vorgang: Ausschuss für Klima und Umwelt vom 30.09.2022, öffentlich, Nr. 22  
 Gemeinderat vom 13.10.2022, öffentlich, Nr. 199  
 jeweiliges Ergebnis: Vertagung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 15.09.2022, GRDRs 472/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

Die Verwaltung stellt in städtischen Gemeinderatsdrucksachen mit klimarelevanten Beschlussanträgen die Auswirkung auf das Klima in einem gesonderten Abschnitt dar.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigefügt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Der vor der Sitzung ausgelegte gemeinsame Antrag Nr. 343/2022 vom 26.10.2022 (90/GRÜNE, SPD, Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei, FDP, PULS) ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Dr. Görres (AfU) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation.

Seit dem gestrigen Tag liege der interfraktionelle Antrag 343/2022 zu diesem Tagesordnungspunkt (TOP) vor, über den die Vorlage 472/2021 geändert werden solle, so BM Pätzold. Er äußert die Bitte, diese Änderungen als Auftrag an die Verwaltung mitzuteilen. Bei der Vorlage bestehe die Besonderheit, dass alle sieben Referate daran beteiligt seien, da das Thema Klimabilanzierung eine derart wichtige Maßnahme darstelle und alle Referate daran eingebunden werden müssten. Daher sei es wichtig, den vorliegenden Antrag als Fortschreibung der Vorlage mit den anderen Referaten abzustimmen. In der heutigen Sitzung werde der Beschluss für diese Vorlage benötigt, da diese im eigentlichen Sinn bereits in den Verwaltungsablauf eingebracht sei. Daher könne die Verwaltung nun die ersten Schritte unternehmen und erste Erfahrungen sammeln. Der Wunsch von mehreren Fraktionen nach einer Weiterentwicklung einiger Themen sei nachvollziehbar. BM Pätzold bekräftigt seine Bitte nach einem Beschluss der Vorlage in der heutigen Sitzung und der Erteilung eines Auftrags an die Verwaltung, die von mehreren Fraktionen geäußerte Aufgaben abzuarbeiten.

StRin Munk (90/GRÜNE) äußert ihren Dank für die Darstellung des Aspekts "Scope 3" von Herrn Dr. Görres. Das Thema sei bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Klima und Umwelt (AKU) behandelt worden. Obwohl die Erstellung der Vorlage lange Zeit in Anspruch genommen habe, bestehe dennoch eine gewisse Unzufriedenheit über die in der Vorlage abgedeckten Inhalte. Dies habe zu dem nun vorliegenden interfraktionellen Antrag geführt. Im Rahmen des Beschlusses der Klimaneutralität der Landeshauptstadt Stuttgart (LHS) bis zum Jahr 2035 habe in einem feierlichen Akt eine Unterschriftenaktion und daher ein entsprechendes Bekenntnis stattgefunden. Es könnten zwar Ziele gesetzt werden, allerdings gehe es auch darum, den Weg in der Umsetzung dahingehend kraftvoll zu beschreiten, in einer Breite in die Verwaltung zu kommen. Darauf beziehe sich die Vorlage der Prüfung der Klimarelevanz von Beschlussvorlagen. Allerdings seien bestimmte Punkte in der Vorlage nicht konkretisiert worden, und es sei keinerlei zeitliche Perspektive aufgeführt. Das Anliegen ihrer Fraktion bestehe darin, sich darin bewusst zu sein, es stehe lediglich begrenzt Zeit zur Verfügung. Daher solle das Thema in den einzelnen Bereichen konkreter gefasst werden. Obwohl der Bereich Hochbau sehr komplex sei, müssten nicht nur für diesen, sondern ebenso für den Tiefbau entsprechende Kriterien gelten. Der Tiefbau sei in seiner Materialität bei der Verbauung eher weniger kompliziert, und es liege Expertise aus dem Hochbaubereich vor. So wie in der Vorlage beschrieben, solle dies bereits schon im Vorplanungsbeschluss geschehen. Im Bereich der Beschaffung gehe es hinsichtlich "Scope 3" um eingekaufte Güter und Dienstleistungen. Daher habe ihre Fraktion diesen Bereich bewusst aufgenommen. Für den einen oder anderen Bereich bestünden Tools zur Berechnung. Die Stadt München arbeite seit zwei Jahren an der Darstellung der Klimaneutralität bzw. der CO<sub>2</sub>-Bilanz in Vorlagen. Möglicherweise biete ein Austausch mit München Vorteile. Generell müssten die zeitlichen Schritte konkreter gefasst werden. Die große Herausforderung der Vorlage an die Verwaltung zeige sich an dem Antrag: Hier sei ausgeführt, das Vorhaben bedürfe eines personellen Einsatzes und des ein oder anderen Sachmittels, wie EDV oder einer externen Expertise. Die Maßnahmen dürften nicht unbestimmt in die Zukunft geschoben werden, und das Bekenntnis der Klimaneutralität bis zum Jahr

2035 dürfe kein Lippenbekenntnis darstellen. Vielmehr müssten die über den Antrag vorbereiteten Punkte verbindlicher in die Vorlage aufgenommen werden. Die Stadträtin schlägt vor, den gemeinsamen Antrag mit den darin aufgestellten Zielsetzungen als einen zweiten Beschlusspunkt in die Vorlage mitaufzunehmen, und die Verwaltung solle in Folge eine Stellungnahme hierzu abgeben. Schließlich werde die Vorlage nicht lediglich in der heutigen Sitzung, sondern noch im Gemeinderat behandelt.

Es seien nicht nur alle Referate an der Vorlage beteiligt, so StR Kotz (CDU), sondern es gehe in die Tiefe zahlreicher Beschlüsse. Hierzu hätten mehrere Diskussionsrunden stattgefunden. Es stelle sich die Frage, in welcher thematischen Tiefe mit der Vorlage gestartet werden solle. Dies könne entweder mit "Volldurchgriff" geschehen, oder ein Stückweit aufwachsend, damit sich die Verwaltung mit den Prozessen, wie dem Mitzeichnungsverfahren, erst vertraut machen könne. Dies treffe ebenso auf die Bewertung der einzelnen Maßnahmen zu. Seine Verwaltung sympathisiere mit dem Vorschlag der Verwaltung, dass nun zumindest ein Start der Vorlage erfolgen könne. Die Verwaltung solle intensiv prüfen, welche Vorlage zu welchem Thema sie zu Beginn auswähle. Er habe die Ausführungen der Verwaltung in der Art aufgefasst, sie nehme sich den Themen des interfraktionellen Antrags an. StR Kotz regt an, hierzu eine Zeitschiene zu nennen. Es sei zu bezweifeln, ob in den Beschlussantrag aufgenommen werden müsse, dass die Verwaltung sich dieser Aufgabe annehme. Vielmehr sei eine entsprechende Zusicherung durch die Verwaltung und eine Aussage zur Zeitschiene ausreichend. Beim Thema "Scope 3" könne erschöpfend gerechnet werden, und es stelle sich die Frage, an welcher Stelle der Produktionskette der Beginn und an welcher Stelle das Ende der Berechnungen liege. In Teilen könne "Scope 3" möglicherweise sogar positive Effekte mit sich bringen: Falls moderne Fahrzeuge produziert würden, die alte Dieselfahrzeuge ersetzen, habe dies eine positive CO<sub>2</sub>-Auswirkung. Dabei handle es sich zum Großteil um eine Erneuerung der Fahrzeugflotte und nicht um eine zusätzliche Flotte. Es müsse die Differenz zwischen dem CO<sub>2</sub>-Austausch des alten Fahrzeugs und des neuen Fahrzeugs mit einem Hybridantrieb oder reinen Elektroantrieb berechnet werden. Auf diese Weise verbessere sich mit jedem verkauften Fahrzeug die CO<sub>2</sub>-Bilanz, da weltweit weniger CO<sub>2</sub> produziert und weniger Treibstoffe verbraucht werde.

StRin Schanbacher (SPD) betont, es werde ein Steuerungselement benötigt, um CO<sub>2</sub> einzupreisen. Es sei begrüßenswert, dass StR Kotz auf eine breite Mehrheit hierfür hingewiesen habe. Es müsse möglich sein, mit dem neu zu schaffenden Instrument arbeiten zu können. Seit 2019 sei eine Debatte über die entsprechenden Möglichkeiten geführt worden. Sie habe damals eine große Uhr am Rathaus vorgeschlagen, aus der das verbleibende CO<sub>2</sub>-Budget hätte ersichtlich sein sollen. Die heutige Entscheidung über die Vorlage sei sehr begrüßenswert und stelle ein wichtiges Signal dar. Allerdings ende die Verantwortung nicht bei dem Produkt an sich, sondern es müsse ebenso der Transport und die Erzeugung berücksichtigt werden ("Scope 3"). Erst dann werde das Produkt relevant und es könne die eigene Verantwortung eingeschätzt werden. Ihre Fraktion erkenne die Notwendigkeit der Prüfung der Klimarelevanz von Beschlussvorlagen an und habe sich daher an dem interfraktionellen Antrag beteiligt. Der Vorschlag sei zu begrüßen, dass die Verwaltung die entsprechenden Antragsinhalte in die Vorlage in einem weiteren Prozess einarbeiten solle. Dabei solle als Maßgabe der Zeithorizont dargestellt werden. Es sei der Mehrheit des Gremiums klar, dass nachgesteuert werden müsse. Dennoch solle in der heutigen Sitzung über einen entsprechenden Beschluss der Vorlage der Beginn der Umsetzung des CO<sub>2</sub>-Steuerungselements erfolgen.

Es müsse zwar stets an einem Punkt begonnen werden, so StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Der Vorschlag, die Verwaltung beginne zunächst mit der Vorlage und ergänze diese dann später, klinge pragmatisch und logisch, allerdings habe der Klimabeschluss zum Jahr 2035 einen langen Zeitraum gedauert. Es sei ihm nicht bekannt, wie viele Jahre er sich in Haushaltsplanberatungen für eine Haushaltsabteilung Klimaschutz eingesetzt habe. Im Gemeinderat seien einige Stadträtinnen und Stadträte mit einer Wahrnehmung der Dringlichkeit vorhanden, die nach seiner Auffassung abstrus sei, so der Stadtrat. Es bestehe bei dem Thema Klimaschutz eine Dringlichkeit und es dürfe nicht nach dem Motto "weiter so" agiert werden. Es stelle sich die Frage, wer für das Durcheinander verantwortlich sei. Anhand des Beratungslaufs werde deutlich, dass ein Entwurf zu einem frühen Zeitpunkt bereits vor dem Beschluss zur Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 vorgelegen habe. Daher könne der Verwaltung kaum ein Vorwurf gemacht werden, da der Gemeinderat das Ziel der Klimaneutralität verschärft habe. Die zeitliche Verzögerung liege an anderen Teilen der Verwaltung aufgrund der komplexen Mitzeichnung. Wenn ein Steuerungs- und die Entscheidungsgrundlage bildendes Instrument einen derart langen Zeitraum einnehme, stelle sich die Frage, wie mit anderen komplexen Beschlüssen mit zahlreichen Querschnittsthemen verfahren werden solle. Er sei empört, so der Stadtrat, dass derart lange auf solche Vorlagen gewartet werden müsse, zu denen bereits 2019 ein entsprechender Beschluss erfolgt sei. Falls die Auswirkungen von Beschlüssen auf das Klima nicht bekannt seien, könnten die Ziele nicht erreicht werden. Daher müsse in der heutigen Sitzung ein Weg zu einer verbindlichen Aussage in der Art gefunden werden, dass ein Instrument hinsichtlich der Klimarelevanz von Beschlüssen alle klimarelevanten Bereiche erfassen müsse. Dabei müsse der Lebenszyklus und die Klimarelevanz hinsichtlich "Scope 3" erfasst werden und der Bereich des Tiefbaus könne nicht ausgeklammert werden. Die Vorlage GRDRs 472/2021 müsse in der heutigen Sitzung mit dem Ziel beschlossen werden, dass die Verwaltung hierbei eine Nachbesserung bzw. Fortschreibung ergänze oder eine Neufassung vornehme. Dadurch werde der zeitliche Prozess nicht verzögert und diejenigen Aspekte, bei denen Einigkeit bestehe, könnten auf den Weg gebracht werden. Daher müsse der Auftrag erteilt werden, die Vorlage zu erweitern und umfassender zu formulieren. In dem interfraktionellen Antrag seien Zeitvorstellungen aufgeführt worden. Nach Auffassung von StR Rockenbauch müsse das Instrument noch vor den Haushaltsplanberatungen festgelegt werden. Dadurch werde die Komplexität hinsichtlich der Personalressourcen deutlich, die für die Berechnungen für die Bereiche Hochbau, Tiefbau und Beschaffung nötig seien. In früheren Zeiten, in denen er Physik studiert habe, habe er mit der Software "Umberto" Stoffströme simuliert, so der Stadtrat. Hinsichtlich "Scope 3" bestehe dabei eine Simulationsgrenze und die entsprechenden Berechnungsprogramme seien durchaus verfügbar. Falls die Auswirkungen der einzelnen Maßnahmen auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen klar seien, werde allerdings nicht deutlich, wie dieser Aspekt in das Restbudget einfließe. Diese Frage sei in der Vorlage nicht beinhaltet. Das aktuelle Budget umfasse nicht "Scope 3", was bedeute, dass die Systeme noch nicht zusammenpassten. Daher müsse an diesem Punkt ebenso eine Überarbeitung stattfinden und es müsse schlussendlich eine Priorisierung vorgenommen werden, falls bestimmte Maßnahmen aufgrund des Restbudgets nicht mehr möglich seien. Es stünden umfassende Beschlüsse hinsichtlich der Brücken in der LHS an und es stelle sich die Frage, ob bestimmte Tunnelneubauten nicht unbedingt erfolgen müssten. Eine entsprechende Abwägung könne lediglich erfolgen, wenn ein Haushaltsbudget nicht nur in der Einzelentscheidung betrachtet werde, sondern die Beurteilung in der Gesamtschau stattfinde. Dieses komplette Steuerungsinstrument sei bislang nicht vorhanden. Bei der Frage des Monitorings bestehe ein umfassendes Haushalts-

werk, in dem es lediglich um die finanziellen Mittel gehe. Hinsichtlich des CO<sub>2</sub>-Budgets müsse ein wesentlich pragmatischerer Weg gefunden werden.

StR Dr. Oechsner (FDP) begrüßt die Aussage von Herrn Dr. Görres, bei der Vorlage handle es sich um einen Einstieg. Er habe den Eindruck, auch die Verwaltung sei nicht mit dem Aspekt zufrieden, seit dem Jahr 2019 lediglich einen Einstieg gefunden zu haben. Das Thema sei extrem wichtig und es stelle sich die Frage, wie das Ziel der Klimaneutralität 2035 finanziell geleistet werden könne. Daher sei eine Richtschnur wichtig, an der sich orientiert werden könne. Mit der Formulierung "Ich habe schon lange ...." beginne StR Rockenbauch stets eine "Wolkendiskussion" über den CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Projekts. Eine entsprechende Angabe sei in der Vorlage bislang nicht enthalten. Für den Gemeinderat wäre es jedoch äußerst angenehm, falls die genaue Berechnung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aufgeführt werde. In die Berechnung müsse die Betrachtung aller relevanten Klimafolgen - sowohl der vor- als auch der nachgelagerten - berücksichtigt werden. Dies betreffe ebenso den Aspekt der grauen Energie. Durch die Betrachtung dieser Themen werde die Entscheidung fundierter. So könne beispielsweise entschieden werden, dass zwar ein Tunnel benötigt werde und dagegen eine Brücke nicht gebaut werde. Da der Bau eines Tunnels wesentlich mehr CO<sub>2</sub> verursache, aber von großer Bedeutung sei, müssten hierfür andere Baumaßnahmen zurückgestellt werden. Die Zusammenarbeit aller Referate der LHS und die Erstellung eines Zeitplans sei schwierig, aber genau dieses müsse der Gemeinderat aufgrund seines Beschlusses zum Klimaziel 2035 der Verwaltung vorgeben. Seine Fraktion könne dem Vorschlag von BM Pätzold zustimmen, dass der Gemeinderat der Verwaltung lediglich einen Auftrag, jedoch nicht mit allen Aspekten, erteilen solle. Auf das erforderliche Personal sei in dem interfraktionellen Antrag bereits eingegangen worden, aber auf einen verbindlichen Zeitplan könne nicht verzichtet werden, um hinsichtlich der Zielerreichung keine Zeit zu verlieren. Dieses Vorgehen stelle keinen Extremismus dar, sondern solle das gemeinsame Ziel aufzeigen, dass die LHS seinen Beitrag zum Klimaschutz leiste. So habe er beispielsweise - obwohl ihn die Energieeinsparmaßnahmen schmerzten - für seine Apotheke eine Herabsetzung der Raumtemperatur auf 19 °C vorgegeben. Zu einem späteren Zeitpunkt würden entsprechende Tools und PC-Programme verfügbar sein, bei denen nach Eingabe der relevanten Daten die Ergebnisse errechnet würden. Diese Programme brauche die LHS nicht selber entwickeln, sondern er könne sich vorstellen, so StR Dr. Oechsner, dass sie sich einkaufen lassen könnten. Dieser Aufwand sei jedoch nötig, weshalb seine Fraktion bewusst den gemeinsamen Antrag mittrage. Bis zu den Haushaltsplanberatungen müsse der Prozess deutlich fortgeschrieben werden. Es werde eine Entscheidungsgrundlage benötigt, und es sei nicht hilfreich, sich von Projekt zu Projekt "durchwursteln" zu müssen und lediglich über die finanziellen Kosten informiert zu sein. Am Wichtigsten sei die Aufnahme einer Zeitschiene in die Vorlage. Seiner Auffassung nach könne auch die CDU-Fraktion diesem zustimmen, da ein wesentlich besseres Entscheidungsgerüst vorliege. Möglicherweise wirke sich der Bau eines neuen Fahrzeugs in "Scope 3" positiv aus, da das alte Fahrzeug mit einem Verbrauch von 17 Liter superverbleitem Benzin im Ausland abgeschafft werde. Es werde stets über Dinge diskutiert, von denen lediglich die eigene Meinung geglaubt werde, ohne eine fundierte neutrale Auffassung zu haben. In seiner eigenen Partei werde der Aspekt des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes auf dem Niveau eines Grundschülers diskutiert. In vielen anderen Parteien werde noch nicht einmal auf dem Niveau eines Grundschülers über dieses Thema debattiert. Daher müsse von dem Niveau eines Grundschülers zumindest das Niveau eines Abiturienten erreicht werden. Die verbleibenden 13 Jahre bis zur Klimaneutralität im Jahr 2035 seien ein Wimpernschlag in der Amtszeit.

Die heutige Diskussion sei aufgrund ihres hohen Niveaus sehr erfreulich, so StR Ozasek (PULS). Als er zum ersten Mal den Begriff "Scope 3" erwähnt habe, sei dies auf Ratlosigkeit der Stadträtinnen und Stadträte gestoßen. Es sei begrüßenswert, dass sich alle Fraktionen mit diesem Thema intensiv auseinandergesetzt hätten. So könne in der heutigen Sitzung die Diskussion geführt werden, um welchen gigantischen Stoffstrom es sich handle, welcher die Stadt durchströme und darin zirkuliere. Es stelle sich dabei die Frage, woher dieser Stoffstrom stamme, und welchen enormen Impact er mit sich bringe. Dieser Impact umfasse wesentlich mehr als den reinen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, da es sich um den ökologischen Rucksack handle. Im Jahr 2017 habe er als Stadtrat zwei Anträge eingebracht: Entweder habe der ökologische Rucksack der LHS als Monitoring-Instrument bilanziert werden sollen, oder es habe eine kommunale Ressourcenstrategie erstellt werden sollen. Die Entscheidung sei auf die kommunale Ressourcenstrategie mit einem Volumen von 100.000 Euro gefallen. Die Verwaltung habe ein Tool entwickelt, um Lebenszyklusbetrachtungen für Infrastrukturen und Gebäude entwickeln zu können. Im Grunde lägen in allen Ämtern diese Tools vor. Es stelle zwar einen gewissen Aufwand dar, aber die entsprechenden Bemessungen könnten erstellt werden. Beispielsweise könne im Hochbauamt mit ähnlichen Tools gearbeitet werden. Durch das Thema "Building Information Modelling" könnten Gebäude detailliert daraufhin untersucht werden, ob sie Ausgangspunkt für neue Infrastrukturen darstellen könnten. So könne die Stadt aus sich heraus stetig neu entstehen, ohne auf Primärrohstoffe zurückgreifen zu müssen. Die Dekarbonisierung des Stoffstroms und die Zirkulation von Stoffen müsse prinzipiell das Ziel sein, wenn der Klimariese Bauwirtschaft, auf den 40 Prozent der globalen Emissionen entfallen, gebändigt werden solle. Es sei begrüßenswert, dass in der Präsentation das Beispiel Beton herausgegriffen und hierbei die Vorgänge anschaulich aufgezeigt worden seien. Es stelle eine Schwierigkeit dar, wenn die großen Städte sich selber bilanzieren würden - allerdings lediglich territorial. Das Ergebnis falle möglicherweise für die Kommunen positiv aus, jedoch die nationale oder globale CO<sub>2</sub>-Bilanz steige weiter stetig an. Dies erkläre sich durch die lediglich begrenzte Bilanzierung. Daher sei es entscheidend, die gesamten Stoffströme zu erfassen. Es sei positiv, dass eine Mehrheit im Gemeinderat dahingehend bestehe, zumindest beim Bauen und bei den Infrastrukturen diese Stoffströme in der Art zu bilanzieren, um zu wirklich greifbaren Ergebnissen zu gelangen. Seiner Auffassung nach seien die Vorschläge von StRin Munk zu begrüßen, die einzelnen Punkte des Antrags als Ziele zu formulieren und damit eine Verbindlichkeit herzustellen. Ebenso sei der Vorschlag von StR Rockenbauch positiv, zu den Haushaltsplanberatungen belastbare Ergebnisse zu benötigen. Die Aussage von Herrn Dr. Görres, zwar "Scope 3" bilanzieren zu wollen, aber dies erst langfristig durchzuführen, könne in dieser Form nicht stehengelassen werden. Schließlich rücke das Jahr 2035 in schnellen Schritten heran und die Verwaltung müsse entsprechende Anstrengungen unternehmen, damit diese Bilanzierung möglich sei. Daher sei Punkt 5 des Antrags wichtig, dass die Verwaltung zu den Stellenplanberatungen entsprechende Hinweise gebe, welche Ressourcen benötigt würden. In diesem Zusammenhang lobe er den Mut zum gewissenhaften Schätzen, so der Stadtrat. Es müsse nicht jedes Kilogramm CO<sub>2</sub> einzeln bemessen und dabei völlig in die Tiefe eingestiegen werden. Die Aussage, eine Tonne Beton mit 20 Prozent RC-Zuschlag bringe eine gewisse Menge an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten mit sich, sei völlig ausreichend. Falls die Vorlage in dieser Form in der heutigen Sitzung auf den Weg gebracht werden könne, sei sehr viel für die Stadt und das Klimabudget geleistet worden. Die Aussage von StR Rockenbauch sei zutreffend, dass die Fraktionen nochmals grundlegend über die Frage des CO<sub>2</sub>-Restbudgets diskutieren müssten, und wie sich "Scope 3" auf dieses auswirke. Schlussendlich müsse nach einer schwierigen aber nötigen Diskussion der Punkt erreicht werden zu folgern, welche Infrastrukturen die Stadt sich noch

leisten könne. Diese Frage müsse unbedingt beantwortet werden. Dabei müsse man am Ende zu den möglichst minimalinvasiven Infrastrukturlösungen kommen.

StR Zaiß (FW) betont, BM Pätzold habe bereits in seinen einleitenden Worten ausgeführt, in die Vorlage würden die Punkte des Antrags eingearbeitet. Viel mehr könne in der heutigen Sitzung zu diesem Thema nicht ausgesagt werden. Um die Klimabelastungen aus jeder Vorlage entnehmen zu können, sei zusätzliches Personal nötig. Für die Verwaltung sei die Vorlagenerstellung mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden. Falls die Verwaltung eine Mitteilung in Bezug auf zusätzliches Personal noch vor den Haushaltsplanberatungen verschicke, sei dies begrüßenswert.

Er sehe drei grundsätzliche Gefahren bei der Einführung eines Art Indexes, so StR Köhler (AfD). Zum einen betreffe dies die Komplexität, da bei "Scope 3" die Produktionskette im Vorfeld und später die Verwertungskette abgebildet werden müsse. Dies habe die Verwaltung bislang noch nicht durchführen müssen und es handle sich um enorme Aufgabenstellungen, die sich durch dieses Vorgehen nun anschließen. Bei der Form der Modellbildung ergäben sich sehr grobe und unscharfe Modelle und die seien im Einzelfall der Realität nicht gerecht. Zudem seien den Unternehmen oftmals die Produktionsketten nicht bekannt, was nun zumindest in energetischer Sicht die Verwaltung leisten müsse. Dies "atme" einen planwirtschaftlichen Ansatz und überfordere die Verwaltung. Des Weiteren stelle sich die Frage der Sinnhaftigkeit: In Bezug auf einen Antrag oder eine Beschlussvorlage ergebe sich zukünftig ein Wert. Bislang habe man geprüft, wie sinnvoll ein Projekt, wie beispielsweise ein Straßenbau, aus Sicht der Kosten und des Umweltschutzes sei. Falls der CO<sub>2</sub>-Wert zu hoch sei, werde ein Projekt nach hinten fallengelassen. Es stelle sich die Frage, ab welchem Schwellenwert ein Projekt abgesetzt werde. Eine derartige Entscheidung könne er sich nur schwer vorstellen, so der Stadtrat. Als drittes Problem eröffne dieses Vorgehen einen Diskussionsrahmen mit der Frage, ob alle relevanten Größen erfasst worden seien. Diese Diskussionen erfolgten unter einer politischen Einflussnahme.

BM Pätzold schlägt vor, den Beschlussantrag der Vorlage GRDRs 472/2021 um eine 2. Beschlussantragsziffer mit folgender Formulierung zu ergänzen: "2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zielsetzungen und Aufträge aus dem Antrag Nr. 343/2022 bis zum 2. Quartal 2023 zu bearbeiten und zu beantworten, mit dem Ziel, diese Vorlage fortzuschreiben."

Hinsichtlich dieses Vorschlags stellt BM Pätzold fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt stimmt der Ergänzung der Vorlage GRDRs 472/2021 um eine 2. Beschlussantragsziffer mit folgender Formulierung

"2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zielsetzungen und Aufträge aus dem Antrag Nr. 343/2022 bis zum 2. Quartal 2023 zu bearbeiten und zu beantworten, mit dem Ziel, diese Vorlage fortzuschreiben."

bei 1 Enthaltung einmütig zu.

Daraufhin stellt BM Pätzold in Bezug auf die oben aufgeführte Ergänzung einer 2. Beschlussantragsziffer der Vorlage GRDRs 472/2021 fest:

Der Ausschuss für Klima und Umwelt stimmt mit der Maßgabe des ergänzten Beschlussantrags der Vorlage bei 1 Enthaltung einmütig zu.

Zur Beurkundung

Haupt / fr

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
weg. GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat AKR
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. Referat SOS
  6. Referat JB
  7. *Referat SI*
  8. Referat T
  9. GPR (2)
  10. Amt für Revision
  11. L/OB-K
  12. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. CDU-Fraktion
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*